

# Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie

*József Bayer*

## 1. Einleitung und theoretische Vorüberlegungen: Populismus als Herausforderung in Ostmitteleuropa

Nach Cas Mudde ist Populismus ein „politischer Stil, der sich auf das Volk als homogene Entität beruft, eine unmittelbare Beziehung zwischen Volk und dem populistischen Politiker verkündet und einen Stammtisch-Diskurs in der Politik betreibt“ (Mudde 2000a). Mudde unterscheidet dabei zwischen divergierenden historisch dominanten Formen wie dem agrarischen, ökonomischen und politischen Populismus und behauptet, jetzt herrsche der politische vor. Populismus ist in diesem Sinne weniger nach dem Inhalt zu bestimmen, sondern eher als eine bestimmte Art des politischen Diskurses zu verstehen. Politische Kräfte argumentieren und agieren vor allem dann populistisch unter unmittelbarer Berufung auf den „Volkswillen“ und die plebiszitäre „silent majority“, wenn sich größere gesellschaftliche Gruppen aus dem politischen Geschäft bzw. aus dem öffentlichen Leben allgemein ausgegrenzt fühlen. Das war z. B. die Situation der politisch nicht organisierten, rechtlosen Bauern, aber auch der Arbeiter zu Beginn der Industrialisierung, als in Europa und den USA erste populistische Bewegungen entstanden. (Dubiel 1986)

Die Entwicklung der modernen Demokratie hängt eng zusammen mit der schrittweisen Inkorporierung solcher ausgegrenzten Großgruppen (Lipset 1981: 73). Die Ausweitung der Wahlberechtigung und ihre schrittweise politische Integration in den modernen demokratischen Verfassungsstaat wie ihre soziale Integration in den modernen Wohlfahrtsstaat minderten die Mobilisierungsvoraussetzungen für populistischen Radikalismus. Eine Konsequenz solcher Auffassung von Mobilisierungsbedingungen des Populismus ist eine genaue Unterscheidung zwischen einer Bewegungsphase im Vorraum der politischen Macht einerseits und der Phase einer erreichten Macht- und Regierungsposition, also eines Populismus in Regierungsverantwortung: Als Oppositionspartei agieren Populisten normalerweise sehr viel radikaler, denn außerhalb jeder Machtposition moderiert keine politische Verantwortung die politische Phantasie, keiner bremst die lauthals deklarierten Forderungen und prüft die regierungspraktische Realitätstauglichkeit oder mäßigt den Zorn populistischer Parteien auf „die Mächtigen“ oder das „Establishment“ der Gesellschaft. Nach einer erfolgreichen Wahl in die Regierung sehen sich aber auch populistische Politiker damit konfrontiert,

ihre Prinzipien im Rahmen des modernen Verfassungsstaats und innerhalb der Schranken der Regierungspolitik durchsetzen zu müssen oder aber ihre Positionen zu moderieren oder zu adaptieren. Statt einer visionären Politik, die alles verspricht und Stimmungen der *vox populi* gegen die komplexen liberal-demokratischen Institutionen ventiliert, müssen sie dann in der Regel in der Regierungsverantwortung, innerhalb der Strukturen des modernen Verfassungsstaates, mit einem äußerst differenzierten institutionellen Gefüge ringen. Ihre Handlungsmöglichkeiten werden durch eine liberale Verfassung, durch das Parlament und die Routine der öffentlichen Verwaltung begrenzt. Zudem begrenzen die im jährlichen Budget bindend eingebauten Zwänge durch festgesetzte materielle Verpflichtungen den Handlungsspielraum auf höchstens bis zu 5–10% des Staatshaushaltes frei verfügbare Ausgaben. Darüber hinaus herrschen in der Regel Koalitionszwänge, die die Möglichkeiten populistischer Aktivitäten beschränken.

In Ungarn waren und sind wie in ganz Ostmitteleuropa die Chancen für populistisches Handeln besonders günstig. Erklären lässt sich das damit, dass der Populismus dort besonders gute Mobilisierungsbedingungen vorfindet, wo kein ausdifferenziertes demokratisches Institutionensystem existiert, eine entsprechende demokratische politische Kultur fehlt oder noch nicht gefestigt ist. Gerade in nicht demokratisch konsolidierten Systemen kann sich eine populistische Partei auch in eine extremistische Richtung<sup>1</sup> bewegen. Die so genannten „neuen Demokratien“ in Ost- und Mitteleuropa sind deshalb von populistischen Gefahren und ihren potenziell anti-demokratischen Wirkungen eher betroffen als die „etablierten“ westlichen Demokratien. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, wie nachhaltig die populistische Herausforderung für die Demokratien in Osteuropa ist. Die ungarische Fidesz hat sich vor dem Hintergrund eben jener wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der Neunzigerjahre von einer liberalen zu einer populistischen Partei gewandelt. An der Macht hat sie ihr populistisches Profil

<sup>1</sup> Extremismus misst sich vor allem an der Bereitschaft, autoritäre Strukturveränderungen durchzuführen bzw. Gewaltmittel einzusetzen, um den Widerstand der Opposition bei der Realisierung des eigenen Programms zu brechen. Die Erfahrung des historischen Faschismus und Nazismus lehrt, dass Populismus und Extremismus einander nahestehen, und das zu ungeheuren Schrecken führen kann. Aber populistische Tendenzen müssen nicht immer mit solchem Extremismus einhergehen. Heutige populistische Tendenzen, insbesondere in Europa, können nicht automatisch in eine „prä-faschistische“ Phase eingestuft werden, die notwendig zur Diktatur führen muss (wenn überhaupt eine Referenz zum historischen Faschismus bestehen soll, finde ich den Ausdruck „Post-Faschismus“ treffender). Die Populismus-Debatte ist eben deshalb entstanden, weil die neu auftretenden rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen etablierte Akteure und Strukturen zwar scharf kritisieren und oft radikal ablehnen sowie ideologische Ressentiments gegen Individualismus, liberale Rechtsnormen und Marktwirtschaft hegen oder einen „starken Staat“ fordern, aber nicht von vornherein die Legitimität der Demokratie bestreiten (Betz 1994: 4ff.).

weiter entwickelt, um ihre Machtbasis auszubauen. Infolgedessen verlor sie einen Teil ihrer Wähler und die Regierungsmacht. Dessen ungeachtet behielt sie in der Opposition ihren populistischen Stil bei und verstärkte ihn.

Im Folgenden werde ich das populistische Potenzial in Ungarn am Beispiel der Partei „Fidesz – Bürgerliche Partei“ analysieren.<sup>2</sup> Besonderes Augenmerk werde ich dabei auf die spezifischen ostmitteleuropäischen und vor allem ungarischen Mobilisierungsvoraussetzungen richten (2.), um sodann die Partei der Fidesz in ihren Ursprüngen und Entwicklungen (3.), auf dem Weg zur Regierungspartei und mit ihren dabei prägenden politischen Charakteristika und Modi (4.), die Gründe ihrer Abwahl und des Regierungsverlustes (5.) sowie ihre neuen populistischen Mobilisierungsversuche nach dem Machtverlust zu rekonstruieren (6.). Für besonders relevant halte ich hierbei die Frage der Machtbeteiligung und die damit verbundenen Phasen und Transformationen der Partei gerade im Hinblick auf ihren populistischen Gehalt seit 1998.

## 2. Quellen und Ursachen des Populismus in Ungarn: Zur Transformationskrise und zum Kulturkonflikt zwischen „Urbanisten“ und „Populisten“

Der Populismus nährt sich in der ostmitteleuropäischen Region im Wesentlichen aus zwei Quellen: aus einer autoritären Vergangenheit und aus den neuen Problemen der Transformationskrise. Ungarn hat – ebenso wie Polen – als eine Gesellschaft mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung eine starke agrarpopulistische Tradition. Auch die modernisierende Entwicklung verlief hier anders als in Westeuropa: Großadel und (katholische) Kirche stützten sich – zumindest in Ungarn – auf den Großgrundbesitz. Der Kleinadel wandelte sich im Zuge des frühen 20. Jahrhunderts nicht in eine neue Unterschicht um, sondern verkrustete sich zur „Gentry“, einer wesentlichen im Staats- und Militärdienst stehenden, antimodernen und antidemokratischen Schicht. Kapitalistische Unternehmer waren daher oft Ausländer bzw. Einwanderer. Das stärkte die Tendenz eines nationalistisch orientierten Konservatismus, aber auch Antisemitismus und Rechtsradikalismus während der Zwischenkriegszeit. Seit dem Vertrag von Trianon im

<sup>2</sup> Sie wird im Westen in letzter Zeit oft und ohne Vorbehalt zu den rechtspopulistischen Strömung gezählt. Das ist angesichts der populistischen Gebärden, bestimmter Mobilisierungen und des Führungsstils von Viktor Orbán, des Führers der Fidesz, durchaus begründet. Betrachtet man aber die ganze Partei, muss eine Einschätzung differenzierter ausfallen. Erkennbar sind, wie im Folgenden ausgeführt wird, populistische Tendenzen dieser Partei, indiziert u. a. durch das Liebäugeln mit rechtsradikalen Kräften, wie mit der nationalradikalen Partei MIÉP, um Wählstimmen von Rechtsaußen zu gewinnen (Bayer 2002). Diese rechtsextremen Kräfte können im Rahmen des vorliegenden Beitrags nicht ausführlich dargestellt werden.

Jahr 1920 gab es noch stärkere irredentistische Strömungen. Zu dieser Zeit war hingegen das Bauerntum weitgehend politisch entrechtet; die agrarsozialistische Bewegung war niedergeschlagen. Das Gros der Bauern wurde vor allem von der künstlerischen und ideologischen Bewegung der „populistischen“ Schriftsteller vertreten. Diese intellektuelle Bewegung stand in sozialen Fragen dezidiert links, in nationalen Fragen wie fast alle gesellschaftlichen Schichten seit 1920 eher rechts; und wegen ihres verschwommenen Antikapitalismus war auch sie vor Antisemitismus nicht gefeit, zugleich jedoch deutschfeindlich gestimmt. Diesen beiden Grundrichtungen stand eine nach Westen orientierte, „urbane“ bürgerlich-radikale Intelligenz gegenüber, die aber politisch schwach war.

Nach der demokratischen Wende brach der alte Streit zwischen „Agrarpopulisten“ und „Urbanisten“ wieder aus. Dieser soziokulturelle Konflikt mündete bald in einen regelrechten Kulturkampf zwischen konservativen und liberalen Parteien. Als „Urbanisten“ galten damals der Bund der Freien Demokraten und auch die Sozialisten traten als modernisierungsorientierte „Westerner“ auf. Auf der Seite der „Populisten“ stand vor allem das Ungarische Demokratische Forum (MDF). In dieser Partei fanden verschiedene, eher modernisierungskritische oder -feindliche Traditionen zusammen: ehemalige Populisten, Nachfolger der früheren „christlich-nationalen Mittelklasse“ sowie die Überreste der (meist aus dem Westen zurückkehrenden) ehemaligen „Gentry“.

Neben dem Agrarpopulismus hatte sich in der Zwischenkriegszeit ein ökonomischer Populismus vor allem in der Arbeiterbewegung entwickelt. Auch unter der kommunistischen Diktatur kam der ökonomische Populismus zunächst bei einem großen Teil der Bevölkerung gut an. Erst als das ökonomische System 1989 zusammenbrach, wurde der antiliberaler, ökonomische Populismus mit der Umstellung auf Marktwirtschaft und Demokratie diskreditiert. In der Bevölkerung aber blieb dessen ungeachtet eine Sehnsucht nach einem paternalistischen Staat, stabilen Preisen, Vollbeschäftigung und sozialem Ausgleich tief verwurzelt. Diese Kraft war es, welche nach dem Debakel der ersten frei gewählten Regierung erneut den reformierten Sozialisten 1994 an die Macht verhalf.

Der gegenwärtige politische Populismus speist sich einerseits aus den eben skizzierten historischen Traditionen, vor allem jedoch aus den politisch-sozialen Verwerfungen der Transformationskrise im Zuge des Systemwandels nach 1989, die in ganz Ostmitteleuropa Wirkung zeigt. Die Umstellung auf die Marktwirtschaft erfolgte in Ungarn schon unter dem Zeichen fortschreitender Globalisierung. Die alte Struktur der staatlichen Industrie brach zusammen und verursachte innerhalb von zwei Jahren – regional ungleich verteilt – eine hohe Arbeitslosigkeit (über eine Million), welche die Bevölkerung schockierte. Diese ging zwar in den folgenden Jahren langsam zurück, aber die Zahl der Frührentner und Invalidenrentner stieg an. Auch viele arbeitende Frauen sind, vor allem auf dem Lande, in den Haushalt zurückgezwungen worden. So sank der Prozentsatz der Arbeitneh-

den unter den Arbeitsfähigen zeitweise unter 50%. Nachdem die meisten LPGs (landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften) aufgelöst worden waren, hatte sich die Arbeitslage vor allem auf dem Land beträchtlich verschlechtert. Die Landbesitzverhältnisse veränderten sich so, dass heute auf dem privaten Sektor der Landwirtschaft unrentable kleine Einheiten überwiegen, die auf lange Sicht nicht wettbewerbsfähig sind, während keine industriellen Arbeitsplätze vorhanden sind. Das ist eine wesentliche Quelle zeitgenössischen politischen Populismus<sup>7</sup>.

Mit hoher Arbeitslosigkeit, Inflation und dem schrittweisen Auszug des Staates und der Unternehmen aus dem sozialen Bereich setzte eine neue Armutswelle ein, welche ausgeprägte Formen von sozialem Elend wieder sichtbar machte. Und auch die arbeitende Bevölkerung steht angesichts der sinkenden Niedriglöhne nicht selten am Rande der Armutsgrenze. Während das Brutto-Inlandsprodukt des Jahres 1989 nach tiefen sozialen Einschnitten erst im Jahre 2000 wieder erreicht wurde, hat sich das durchschnittliche Einkommensniveau erst 2004 auf das frühere Niveau eingependelt, aber bei zunehmend ungleicher Einkommensverteilung. Die soziale Kluft zwischen „Neureichen“ und jenen, deren Einkommen stagniert oder sich verschlechtert hat, wächst weiter. Diese soziale Dimension und Desintegration im Modernisierungsprozess führte zur Frustration vieler ungarischer Bürger und schürte weit verbreitete Ressentiments gegen die „Politik“. Die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik zeigte sich auch daran, dass bisher bei jeder Wahl seit dem Systemwechsel die Regierenden abgestraft wurden und ergo keine Regierung länger als eine Wahlperiode an der Macht blieb. In einer solchen Situation ist die Verführung zu populistischer Politik besonders stark.

### 3. Die Partei Fidesz: Ursprünge, Wandel, Entwicklungen und Mobilisierungen bis 1998

Ursprünglich war die im Frühjahr 1988 gegründete Partei „Fidesz“ eine radikal-liberale Partei junger oppositioneller Intellektueller. Der politische Stil der Partei hatte mit ihrem Aktionismus, ihrer kritischen Offenheit und ihrem Humor viel mehr mit dem der westlichen Grünen und anderer alternativen Gruppierungen Ähnlichkeit als mit einer konservativen Partei. Erst ab 1993 vollzog die Parteiführung eine ideologische Wende, um sich im ungarischen politischen Raum neu zu positionieren, da die linke Flanke des Parteiensystems mit dem linksliberalen Bund Freier Demokraten (SZDSZ) und der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) stark besetzt war, während das rechte Lager gerade in sich zerfiel. In dieser Situation rückte die Partei nach rechts, zunächst unter Annahme einer konservativen bis nationalliberalen Ideologie. Doch statt Wählerstimmen hinzuzugewinnen verlor die Partei, die noch 1992 und Anfang 1993 sehr populär gewesen war, in Umfragen über dreißig Prozent ihrer Zustimmung. Im Frühjahr 1994 muss-

te sie eine schockierende Niederlage einstecken, denn nur mit Mühe überwand sie bei den Parlamentswahlen die 5%-Klausel.

Während sich die radikalliberale junge Generationspartei Fidesz anfangs zwischen den skizzierten beiden Lagern der „Urbanisten“ und modernisierungsoptionellen „Populisten“ positioniert, erklärt und versprochen hatte, sie könne diesen Gegensatz aufheben und würde den revitalisierten politischen wie soziokulturellen Grundkonflikt lösen, gab sie nach der katastrophalen Wahlniederlage 1994 ihre Identität als Generationspartei schrittweise auf und unternahm seither verstärkt den Versuch, das Erbe des ungarischen Konservatismus zu übernehmen. Damit rückte sie zunächst in Richtung eines Nationalliberalismus, der nicht nur gegen die Sozialisten als „Nomenklatur-Elite“, sondern auch gegen den „kosmopolitischen“ Liberalismus der Allianz der Freien Demokraten gerichtet war.<sup>3</sup> Die Neupositionierung wurde fortan konsequent voran getrieben. Die Partei begann sich hierbei immer mehr als eine Sammelpartei für die zerstreute Rechte anzubieten. Auch ihr Stil wechselte im Gleichschritt mit dieser Neuorientierung, um die neue Position glaubhaft zu machen. Bekleidung, Aussehen, öffentliches Auftreten wurden betont zu einem soliden bürgerlichen Stil maßgeschneitert. Die Parteiführung drängte auf Gründung einer „bürgerlichen Allianz“ – natürlich unter ihrer Führung – als einer einheitlichen Opposition gegen die sozial-liberale Regierung. Mit Ausnahme der Kleinlandwirte-Partei und der Ungarischen Partei der Wahrheit und des Lebens (MIÉP) ist es ihr auch gelungen, bis zur Parlamentswahl alle kleineren Parteien zu einem Mitte-Rechts-Bündnis zu einigen.

Im Kampf um die Regierungsmacht im Wahljahr 1998 begann sich die Partei auch erstmals offen populistischer Parolen zu bedienen. Dabei wurden besonders die fehlenden Aufstiegschancen der ungarischen (mittleren) Unternehmerschicht betont. Zugleich wurde mit nationalistischer Rhetorik das „Eindringen“ der multinationalen Firmen in die ungarische Wirtschaft als Ergebnis der von der sozialliberalen Regierung verfolgten raschen Privatisierungspolitik heftig gebrandmarkt. Ausverkauf der nationalen Interessen an ausländisches Kapital, Verrat an den im Ausland lebenden Ungarn (wegen der abgeschlossenen bilateralen Staatsverträge), Schwächung der Mittelklasse und der Jugend durch eine verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, das waren die konturiert populistischen Hauptvorwürfe gegen die Koalition. Insbesondere die heftige Kritik am Sparprogramm der Regierung, des so genannten Bokros-Pakets (Lajos Bokros war der Name des Finanzministers, der die Austeritätspolitik zur Lösung der Zahlungskrise eingeführt

<sup>3</sup> Im Ungarischen klingt bei dem Begriff „kosmopolitisch“, wie wohl auch in anderen mitteleuropäischen Sprachen, bis heute die Bedeutung „jüdisch“ mit. Damit soll nicht gesagt werden, dass Fidesz einer antisemitischen Rhetorik folgte. Sie sah sich aber auch nie gezwungen, sich vom Antisemitismus der rechtsradikalen Kräfte zu distanzieren.

hatte) traf in dieser national-sozialen Demagogie auf offene Ohren bei der Bevölkerung. Die unter 2. dargestellte soziale Krise der neunziger Jahre bot Fidesz die Chance, von einer Außenseiterposition ins Zentrum der Politik zu rücken. In ihren populistisch gesinnten Wahlparolen drückte sich 1998 die Unzufriedenheit der Ausgegrenzten, der Modernisierungsgegner und der Verlierer des Systemwandels aus. Hinzu kam, dass die regierenden Parteien in einige Korruptionsskandale verstrickt waren. Der Zorn der Bevölkerung gegenüber der korrupten und harten politischen Führung ließ sich leicht in eine Verurteilung der vermeintlich regierenden „Nomenklaturisten“ und „Urbanisten“ überführen, sowie gegen die „multinationalen Konzerne und ihre Handlanger“ und gegen „all diejenigen“, die vermeintlich das Land an „ausländische Interessen“ „ausverkauften“, richten. Obwohl sich die Wirtschaft faktisch bereits im Aufschwung befand und die Wachstumsrate 5% betrug, obwohl Schocktherapie und Restriktionsmaßnahmen vorbei waren, die Privatisierung fast abgeschlossen und die Arbeitslosigkeit bis auf 5–6% (regional freilich ungleich verteilt) gesunken war, gelang es der sozialliberalen Koalition nicht, das beim Wähler verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen. Auch außenpolitisch hatte die sozialliberale Regierung eine gute Bilanz vorzuweisen. Die Integration in die NATO war beschlossen, mit den Nachbarländern hatte man gute Beziehungen hergestellt und die konkreten Verhandlungen mit der EU über den Beitritt hatten gerade begonnen. Vor diesem Hintergrund erwarteten wenige, dass die sozial-liberale Koalition im Jahre 1998 die Wahl verlieren würde. Selbst die engste Führung der Fidesz glaubte, nach Angabe von ihm nahe stehenden Politikern, nicht wirklich an ihren Sieg. Um so unbekümmerter konnten sie sich einer populistisch gefärbten „Politik der Versprechen“ hingeben. Der Machtverlust der sozialliberalen Koalition war eine Folge aufgedeckter Korruptionsskandale, einer verfehlten Wahlkampagne und einer weit verbreiteten politischen Apathie.

Durch ihre anti-elitistische und nationalistisch-soziale Wendung war es der Partei gelungen, das Feld der zersplitterten Rechten bis 1997 unter ihrer Führung zu einigen und mit einer wichtigen Ausnahme, der Partei der Kleinlandwirte (FKGP), zu einer bürgerlichen Allianz zu bündeln. Diese populistischen Tendenzen der Fidesz, die sich bereits im Wahlkampf gezeigt hatten, verstärkten sich weiter, als sie in der Bürgerlichen Allianz unter Führung von Viktor Orbán – mit der Partei der Kleinlandwirte – überraschend die Parlamentswahlen 1998 gewann.

#### 4. Populistischer Vormarsch: Strategien, Politiken und Probleme der Fidesz als Regierungspartei

Fidesz war, wie skizziert, ursprünglich keine populistische Partei – sie hat sich dazu erst langsam entwickelt. Sie war die erste ungarische Partei, die westliche Techniken des „politischen Marketing“ übernahm und im Wahljahr 1998 einsetzte. Sie war eine Koalition mit der ausgesprochen populistischen

schen Kleinlandwirte-Partei (FKGP) eingegangen, um die Macht übernehmen zu können. József Torgyán, der demagogische Führer der FKGP, erhielt ein vergrößertes Ministerium für Landwirtschaft und Raumentwicklung und wurde stellvertretender Ministerpräsident – dies verbunden mit dem Versprechen, im Jahre 2000 zum Republikpräsident gewählt zu werden.<sup>4</sup> Außerdem erhielt die Partei noch die Ministerstellen für Umweltschutz und für Verteidigung. Auch das Ungarische Demokratische Forum gehörte, eher symbolisch als real der Koalition an. Seine Präsidentin, Ibolya Dávid, wurde Justizministerin.

Die Jungen Demokraten (ein Synonym für die Partei Fidesz) hatten trotz schlechter politischer Vorzeichen wegen der Koalition mit den demagogischen Populisten der FKGP alle Chancen, auf der Basis des einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der in dem vorigen Austeritätsprogramm der sozial-liberalen Regierung begründet war, eine erfolgreiche Regierungsperiode zu überstehen und ihre Machtstellung zu konsolidieren. Die im Folgenden genannten Gründe verhinderten dies und führten schließlich 2002 zur Abwahl der Fidesz.

#### 4.1 Die Rolle der Parteiführung

Orbáns Persönlichkeit wurde oft mit dem Tony Blair-Effekt verglichen. Dieser schmeichelhafte Vergleich wurde besonders von seinen spin-doctors gerne in Umlauf gesetzt. In Wahrheit zeigt der Führer der Fidesz mehr Ähnlichkeit mit Jörg Haider. Das Image vom gesunden Naturburschen aus der Provinz, sportlich, kämpferisch und wortmächtig, der den Herrschenden gegenübertritt, brachte ihm früh die Sympathie der einfachen Menschen ein. In seinem Auftreten versprach er eine Erneuerung der Politik und bot schnelle Aufstiegschancen für eine neue, gleich gesinnte, vorgeblich politisch bisher ausgegrenzte Generation.

So vielversprechend die kämpferische und dynamische Haltung des Parteiführers in der Opposition auch erscheinen mochte, an der Macht wirkten Orbáns verbal aggressive Parolen abschreckend und Angst einflößend. An die Regierung gewählt, versuchte Orbán, seine eigene Machtbasis autoritär von oben nach unten auszubauen und dies gleich in allen gesellschaftlichen Zweigen: in der Wirtschaft, in der Verwaltung, Armee, Polizei und sogar im Bereich der Selbstverwaltungen und der gesellschaftlichen Organisationen. Was er nicht besetzen konnte, versuchte er politisch zu ersticken, zu bekämpfen oder organisatorisch zu verdoppeln und so Konkurrenzorganisationen zu etablieren. Er entzog ihm nicht genehmen öffentlichen Institu-

<sup>4</sup> In Ungarn wird der Präsident im Parlament gewählt, und im dritten Abstimmungsverfahren genügt eine einfache Mehrheit. Torgyán wurde letztlich ausgespielt und scheiterte 2000.

tionen ohne Vorbehalte die finanzielle staatliche Unterstützung, prangerte sie öffentlich an und baute parallel eigene Institutionen auf. In seinem Bestreben, ein eigenes Klientel zu schaffen und zu bedienen, drückte sich sein wenig verhohlenen artikuliertes Bedürfnis aus, seine Machtstellung nach allen Seiten abzusichern. Dies wurde populistisch legitimiert, unter Bezug auf ein ideologisches Konzept vom Aufbau eines alternativen, „bürgerlichen Ungarn“. Seine Kommilitonen und Parteigenossen sprachen hierbei von der nötigen Taktik einer „Frontalattacke auf dem ganzen Spielfeld“, um die enge „Masche“ des Netzes der früheren kádáristischen Nomenklatur zu zerreißen. Diese exzessive Machtpolitik, die dem liberal-demokratischen Geist der checks and balances und gesellschaftlicher Autonomie widerspricht, birgt freilich auch – wie der spätere Fall der Fidesz zeigt – für die solcher Art anti-demokratisch agierenden Akteure selbst Risiken.

#### 4.2 Konfrontationspolitik als politischer Modus und Gehalt der Fidesz-Ära

Die scharfe Konfrontationspolitik wurde schon bald das auffallendste Merkmal der Fidesz-Ära und Gegenstand der meisten Kritiken an der Politik der Fidesz-Partei. Die ständige Offensive ignorierte die früheren Kompromisse der Rundtisch-Verhandlungen mit der Parole: „Wir sind eine neue Generation, die einen reinen Tisch macht“. Die Fidesz-Politiker erklärten, vieles beruhe auf faulen Kompromissen, sei von Elitegruppen beschlossen und müsse deshalb zurecht gerückt werden.

Zunächst hat ein großer Teil der ungarischen Bevölkerung aus unterschiedlichen sozialen Schichten diese Strategie akzeptiert: traditionalistische Schichten auf dem Lande und in Kleinstädten; Nachkommen der ehemaligen, vom Kommunismus zerstörten christlich-nationalen Mittelklasse; karrieresüchtige junge Leute, die einen blitzschnellen Aufstieg erlebten, der nur mit dem der Jungkommunisten der 1950er-Jahre zu vergleichen war; und ambitionierte Vertreter einer sich gerade formierenden, neuen ungarischen nationalen Bürgerschicht, die von Fidesz unterstützt wurde und sich vom „ausländischem Kapital“ abgrenzte. Das war die soziale Basis der regierenden Fidesz. Insbesondere die autoritäre Kraftmeierei vom „durchgreifenden Handeln“ und der „Politik der Stärke“ imponierte, und man glaubte, von den „jungen Demokraten“ keine große antidemokratische Gefahr fürchten zu müssen. Das zeigen die Einstellungserhebungen kurz nach den Wahlen: Während die zwei größten Parteien im April 1998 noch mit jeweils 21 % Kopf an Kopf lagen, gewann Fidesz von August bis Oktober einen Vorsprung von über 15–20% (Magyarország politikai évkönyve 1999: 695).

Viele Beobachter erklärten die Konfrontationspolitik der Fidesz zudem aus der Psychologie des Parteiführers. Viktor Orbán war und ist eine streitfreudige Person, der gerne Konflikte schürt. Hinter seiner Taktik stand auch die Erwägung, dass die im Jahre 1998 geschlossene rechte Koalition noch brüchig und provisorisch war. Orbán hatte erkannt, dass die Chancen zu

seiner Wiederwahl gering bleiben würden, wenn sich die Parteilandschaft nicht ändern würde, denn seine vollmundigen Wahlversprechen waren an der Regierung und erst recht in dieser Koalition kaum zu realisieren. Seine „Politik der Stärke“ war zugleich ein Symptom der Schwäche. Um den Erfolg auf Dauer zu sichern, spielte die Partei bewusst auf die Polarisierung des politischen Spektrums, nach dem dichotomen Motto: Wir sind das neue Ungarn, wir sind die Zukunft – da drüben steht das Alte, das der Vergangenheit gehört. Außer solchen, in der Öffentlichkeit lauthals verkündeter Parolen wurden auch im Inneren stolze identitätsstärkende, nationalistische Parolen in Umlauf gebracht, wonach allein wir die authentischen Vertreter der Nation seien – auf der anderen Seite stünden die „unnationalen“ Elemente, die das Land fremden Interessen ausverkauften“ (in der Vergangenheit den Russen, jetzt vermeintlich den westlichen „Multis“.)

Der offen populistische Diskurs, der von der Regierungspartei Fidesz mobilisiert wurde, zeigte Wirkung. Einerseits vereinte Orbán das eigene Lager zu einer großen Koalition, zugleich dämonisierte er die Opposition und brach jeden Kontakt mit ihr ab. Dieser politische Konfrontationsprozess ging so weit, dass Fidesz-Abgeordnete angehalten wurden, sich mit Kollegen von der anderen Seite nicht auf ein freundliches Gespräch auf dem Flur des Parlaments einzulassen. Hinter der ständigen Konfrontation stand die Erkenntnis, dass sich nichts besser für die Integration des eigenen Lagers eigne als eine alltägliche aggressive Konfrontation mit dem als Feind – und auch als Feind Ungarns – populistisch dargestellten Gegner. Faktisch hat die Partei Fidesz in diesem politischen Prozess allmählich alle anderen rechten Parteien aufgerieben, bis 2001 auch den Koalitionspartner der Kleinlandwirte. Durch das Zusammenspiel mit der rechtsextremen MIÉP wurde die Mehrheitsfähigkeit der Regierung nicht gefährdet. Die Taktik der rechten Integration und politisch-ideologischen Konfrontation hat sich indes bei den 2002 Wahlen gerächt.

#### *4.3 Strategien des Machterhalts: Avisierte Verfassungsänderung, Machtkonzentration und Klientelpolitik*

Eigentümlicherweise begann der politische think tank um Orbán, neben seiner anti-westlichen Demagogie, zugleich das Westminster-Modell der Demokratie zu idealisieren. Auch dies hatte einen rationalen Grund: Wie regierungsnahen Politologen ausführten, wandle sich das britische Regierungssystem zunehmend in Richtung des Präsidentialismus, erkennbar an der zentralen Stellung des Premiers. Analog wollte Viktor Orbán als ungarischer Ministerpräsident auch das parlamentarische Regierungssystem Ungarns verändern. Dieser avisierter Umbau des politischen Systems stand freilich im Widerspruch zur Verfassung, und die regierende Koalition besaß bei weitem keine qualifizierte Mehrheit, um eine konstitutionelle Änderung durchzuführen. Deshalb strebte die Orbán-Regierung danach, Rechtslü-

cken in der Verfassung und in den die demokratischen politischen Prozeduren betreffenden Gesetzen auszunutzen.

Die konsensuellen normativen und politisch-kulturellen Grundlagen der ungarischen Demokratie wurden hierbei bewusst missdeutet und die Opposition seitens der Regierung ignoriert. Die liberal-demokratischen Regeln eines fair play der politischen Auseinandersetzung, die notwendiger Bestandteil einer jeden Demokratie sind, wurden während der Orbán-Regierung geradezu systematisch übertreten. Daher war der Ausdruck „unfair-play boy“ auf Orbán zugeschnitten. Die in der Verfassung verankerten Rechte der Opposition wurden in der Tat systematisch ausgehöhlt. Vor allem die Kontrolle des Parlaments sollte möglichst umgangen werden. Durch eine Veränderung der parlamentarischen Geschäftsordnung hatte man z. B. die Sitzungsperiode von wöchentlich auf dreiwöchentlich umgestellt (trotz heftigen Protests der Opposition), und keine einzige von der Opposition vorgeschlagene Untersuchungskommission wurde eingerichtet. Orbáns geradezu feindliche Haltung dem parlamentarischen System gegenüber kam auch in seinen alljährlich pompös inszenierten Auftritten zum Ausdruck, wo er sich (auf Einladung einer bürgerlichen Assoziation) zur Lage der Nation äußerte. Auch die Verlängerung des Haushaltsjahres auf einen zweijährigen Turnus stellte einen Einschnitt in die Kontrollrechte des Parlament dar.

Andere autonome, gesellschaftliche und politische Akteure wurden ignoriert, das System des Tripartismus durch ein Gesetz zu einer bloßen Konsultationsinstanz herabgesetzt. Die von der Opposition besetzten lokalen Selbstverwaltungen wurden bei ausgeschriebenen Bewerbungen um zentrale Entwicklungsressourcen systematisch missachtet. Wissenschaftliche Forschungsinstitute, die als der Opposition zugewandt eingestuft wurden, erhielten keine staatliche Unterstützung mehr; stattdessen wurden neue, der Regierung nahe stehende Institutionen geschaffen und unterstützt. All dies geschah unter dem Titel eines politischen „Ausgleichs der Verhältnisse“ (Ágh 2001).

Die Fidesz-Regierung betrieb auf allen Ebenen zugleich eine stark klientelistische Politik. Sie versuchte, eine klientelbezogene neue Bürgerschaft als ihre soziale Basis zu etablieren und zwar notfalls auch durch rapide Rückverstaatlichung, durch die die neuen Bürger wichtige Stellen in der Wirtschaft besetzen konnten. Und um öffentliche Ausschreibungen bei Privatisierungen oder bei staatlichen Aufträgen zu umgehen, kanalisierte sie die Finanzierungs- und Kreditpolitik in der Hand einer staatlichen Bank unter ihrer Kontrolle. Die Beamten wurden eingeschüchert, die lokalen Selbstverwaltungen kontrolliert und „Abweichler“ oder Andersdenkende hatten mit politischen Konsequenzen zu rechnen. Kurz vor der Wahl ernannte die Regierung rund 400 neue hohe Staatsbeamte in hoch bezahlte, gesetzlich unantastbare Positionen. Diese klientelistische Politik sollte die fortdauernde Machtausübung der populistischen Fidesz-Regierung gewährleisten.

#### 4.4 Kulturkampf, symbolische Politik und Legitimationsbeschaffung

Induziert durch diese Politik brach ein neuer soziokultureller Konflikt sowohl auf symbolischer als auch auf institutioneller Ebene aus. Auf der symbolischen Ebene begann ein Kampf um die ungarische Geschichte. So stellte die Regierung beispielsweise den von der sozialliberalen Koalition begonnenen Bau eines Nationaltheaters und Konzertraumes im Herzen der Hauptstadt, dessen Fundament schon errichtet war, ein. Stattdessen begann sie, selbiges am südlichen Rand der Stadt zu bauen. Auf institutioneller Ebene tobte ein Kampf um die Besetzung der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten. Die Regierung habe das Recht, so die Devise, ihre Botschaften der Bevölkerung unverzerrt mitteilen zu dürfen, die politischen Nachrichtensendungen wurden unter staatlicher Kontrolle geradezu für die Regierung monopolisiert. Wenn es nicht anders ging, dann benutzte man rechtliche Lücken im Mediengesetz, um die nötigen qualifizierten Mehrheiten für die Besetzung der wichtigsten Entscheidungsstellen zu sichern. So sollte jede kritische Öffentlichkeit unterbunden werden. Selbst Viktor Orbán, früher ein begabter Diskutant, hatte fast ausschließlich inszenierte Auftritte. Wie sich herausstellen sollte, wurde die Wirksamkeit des politischen Marketings jedoch überbewertet.

Während ihrer ganzen Regierungszeit mehrten sich die populistischen kulturell-nationalistischen Agitationen. Die Partei war eine Mächtegern-Volkspartei, die versuchte, durch populistische Argumente und Mobilisierungen ihre letztlich, wie sich erweisen sollte, relativ schwache Machtposition zu stärken. Mit der unerwarteten Wahlniederlage im Jahre 2002, ein großer politischer Schock für die Partei, verstärkten sich die populistischen Merkmale der Fidesz abermals, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird.

#### 5. Der Niedergang der Regierungspartei Fidesz 2002

Die Wahlniederlage der Fidesz im Jahre 2002 war die Folge einer selbst verursachten politischen Dekonsolidierung. So wie die niedrige Wahlbeteiligung 1998 den Erfolg der Fidesz ermöglicht hatte, nachdem die sozialliberale Koalition nicht in der Lage gewesen war, ihre Wähler zu mobilisieren, begründete im Gegenzug die hohe Mobilisierung der Wähler im Jahre 2002 den Verlust der Regierungsmacht der Fidesz. Die hohe Wahlbeteiligung war Ausdruck eines steigenden Missfallens an und Misstrauens gegenüber der Konfrontationspolitik und autoritären Machtpolitik der Fidesz, die vielen Wählern Furcht eingejagt und sie in Sorge um den Erhalt der Demokratie versetzt hatte.

Kurz vor den Wahlen beging die Fidesz zudem grobe taktische Fehler. Sie versäumte es vor allem, sich von der rechtsextremen nationalradikalen MIÉP abzugrenzen. Viele befürchteten eine mögliche Koalition zwischen Fidesz und MIÉP, mit der es immer wieder Absprachen gegeben hatte, und

stimmten deshalb gegen die Regierung. Ein zweiter Fehler war das Zurückziehen von Viktor Orbán aus der Wahlkampagne. Er wollte nämlich als eine über den Parteien stehende Vaterfigur der Nation figurieren, aber diese Rolle war für viele Wähler nicht glaubhaft. Auch hatte er es verabsäumt, eine starke Parteiorganisation aufzubauen. Die Fidesz war immer noch eine lose Wahlpartei.

Die Hauptursache der Wahlniederlage der Fidesz bestand jedoch darin, dass die Wählerschaft vor einer möglichen weiteren politischen Radikalisierung und anti-demokratischen Transformation, besonders mit Aussicht auf eine baldige europäische Integration Ungarns, zurückschreckte. Dazu kam schließlich, dass durch die ständigen Angriffe gegen Linke und Liberale auch das oppositionelle Lager geeinigt wurde. Orbán schuf also letztlich gerade durch seine Konfrontationspolitik eine mächtige Gegenkoalition von Wählern und Parteien.

#### 6. Populistische Radikalisierung der Fidesz nach der Wahlniederlage und als Oppositionspartei

Seit der Wahlniederlage der Fidesz haben sich die populistischen Charakteristika und Mobilisierungen weiter verstärkt. Bereits bei der Suche der Partei nach ausschließlich äußeren Gründen für die Niederlage und in den eigenen Trotzreaktionen darauf zeigte die Fidesz populistische Züge. Große Massendemonstrationen wurden organisiert, bei denen leidenschaftliche Reden dem politischen Gegner Wahlbetrug unterstellten und extremistische Äußerungen laut wurden. Zugleich wurde eine Volksbewegung ermuntert, welche die Neuzählung der abgegebenen Stimmen einforderte – ungeachtet des Umstands, dass die Wahlen von eben dieser sich nun in der Opposition befindlichen Partei organisiert und von ihren Instanzen überwacht worden waren.

Die Parteiführung zeigte sich auch in ihrem Konfrontationskurs verhärtet und in Folge auch zu keinem prinzipiellen Kurswechsel bereit. Die neue sozial-liberale Regierung und das nunmehr links-liberal dominierte Parlament wurden als nicht legitim betrachtet, denn nur die Fidesz könne „höhere Gesichtspunkte“ wie Nation und christlich-abendländische, konservative Werte würdig vertreten.

Die anfängliche Rhetorik als Totalopposition ist inzwischen vorbei. Die Partei hat sich reorganisiert. Orbán nahm lange Zeit keine formelle Position ein und blieb trotz seines Mandats parlamentarischen Sitzungen fern (womit er seinen Anti-Parlamentarismus bestätigte). Er wollte zunächst als der informelle Führer der ganzen Nation auftreten. Seine Legitimation dafür erwarb er sich nicht aus der Partei oder durch Wahl, sondern aus der spontanen Akklamation durch organisierte Massendemonstrationen, aus Begeisterung und Huldigung seiner Anhänger. Sein Charisma hatte durch die Wahlniederlage zwar einen großen Schlag erlitten, aber in den Augen seiner Anhänger

blieb er der unhinterfragte Führer der Rechten, Ungarns, und der „nationalen Sache“. Der rechte Führerkult der Zwischenkriegszeit Ungarns lebt in dieser Erscheinung bis heute nach und erklärt teilweise die Bereitschaft der Mitglieder der Partei, die Autorität von Orbán unkritisch zu akzeptieren.

Zur Unterstützung der Fidesz initiierte Orbán 2002 eine neue Bewegung, ein landesweites Netz von „bürgerlichen Kreisen“<sup>5</sup>. Diese Bewegung wird zwar als eine zivilgesellschaftliche Neuerung ausgegeben, aber sie wird von oben organisiert und zusammengehalten. Das neue „Bürgernetz“, das einem populistischen Politikmodus der plebiszitären Massenmobilisierung entspricht, hat ein eigenes Hauptquartier in der Hauptstadt. Es gibt keine demokratischen Wahlen, keine politische Verantwortung; die lauten Radikalen haben rasch die Führung übernommen und bestimmen den Ton. Oft kompromittieren sie die Fidesz durch ihre radikalen Äußerungen. Sie werden vor allem durch die Hingabe an „König Viktor“ und durch eine gemeinsame nationalistische, antikommunistische und antilibérale Gesinnung zusammengehalten (Debreczeni 2003: 306). Die öffentlichen Foren dieser Bewegung werden meist von rechtsextremen Intellektuellen dominiert.

Mit Hilfe dieses radikal rechten Milieus hat Orbán auch einen Umbau seiner Partei herbeigeführt. Die Partei wurde im Frühjahr 2003 zu einer „Bürgerlichen Allianz“ umgeformt, obwohl Fidesz als Beiwort beibehalten wurde. Dadurch sollten aus den Reihen der „bürgerlichen Kreise“ neue Mitglieder für die Partei gewonnen und die Partei weiter in den Händen Orbáns zentralisiert werden. Auch in der bürgerlichen Allianz übernahm er die Parteiführung als Vorsitzender (Debreczeni 2003). Der Gründungskongress der Bürgerlichen Allianz gestand ihm außerdem zu, dass nunmehr keine leitende Position und Kandidatenstelle ohne die persönliche Zustimmung des Parteiführers besetzt werden kann. Wie sich diese Schritte auf die Parteiorganisation auswirken, lässt sich noch nicht abschätzen. Die Zukunft der Bürgerlichen Allianz ist ungewiss, sie hängt vom Wahlerfolg der Partei ab.

Eine merkwürdig populistische Wende betraf die Europapolitik der Partei. In der Regierung hat Fidesz die Beitrittsverhandlungen fast zu Ende geführt, die Frucht hat aber eine neue Regierung geerntet. Daher wurde die Partei in der Opposition immer EU-skeptischer. Ihre EU-kritische Propaganda wurde besonders deutlich kurz vor dem Beitritt, was zur niedrigen Teilnahme des Beitrittsreferendums beigetragen hat. Bei den Europawahlen 2004 hat jedoch die Partei Fidesz schon durch eine breite Mobilisierung gewonnen und zwei Mandate mehr erhalten als die Sozialistische Partei. Das hat zur Regierungskrise in Ungarn geführt: Ministerpräsident Medgyessy musste zurücktreten. Doch bei einem von Orbáns Partei initiierten<sup>6</sup> und

<sup>5</sup> (Debreczeni 2004, vgl. [www.fidesz.hu](http://www.fidesz.hu); [www.szabad-europa.hu](http://www.szabad-europa.hu)).

<sup>6</sup> Dabei stellten sie zahlreiche Forderungen als „nationale Petition“, die insgesamt etwa 600 Milliarden HUF (etwa 2.4 Milliarden Euro) gekostet hätten. Gleichzeitig forderte Orbán die Regierung auf, die staatlichen Finanzen in Balance zu bringen – ein typischer Widerspruch populistischer Mobilisierung.

zwei von ihr lediglich unterstützten Referenden<sup>7</sup> musste Orbán herbe Niederlagen einstecken. Die drei damit verbundenen nationalistisch und populistisch geführten Kampagnen der Fidesz blieben erfolglos, sodass sich aus heutiger Sicht behaupten lässt, dass die Bevölkerung mit nationalistischen Parolen nicht mehr mobilisierbar ist wie bisher.

## 7. Zur Zukunft des Populismus in Ungarn

Wie virulent bleibt der Populismus in der ungarischen Politik? Solange die marktwirtschaftliche Umgestaltung für viele Menschen hohe wirtschaftliche Kosten verursacht und damit auch die Legitimität der neuen politischen Kräfte fragil bleibt und die demokratische Konsolidierung noch nicht abgeschlossen ist, wird die populistische Versuchung der Politik in Ungarn und im ostmitteleuropäischen Raum virulent bleiben. In Ungarn wäre es ein erstes Zeichen der Konsolidierung der Demokratie, wenn eine (nicht-populistische) Regierung es schafft, sich für eine zweite Amtsperiode im Amt zu halten. Doch „Fidesz – Ungarische Bürgerliche Allianz“ hat trotz ihrer Niederlagen bei den Referenden durchaus eine Chance, bei der nächsten Wahl erneut Regierungsmacht zu erlangen. Nach den monatlich wiederholten Umfragen über Parteipräferenzen hat Fidesz knapp ein Jahr vor den nächsten Wahlen einen Vorsprung von 4–6%, obwohl der Abstand seit der Einsetzung der neuen Regierung unter Gyurcsány geringer wurde.

Angesichts dieser Lage stellt sich die Frage, inwieweit sich der Populismus der Partei bei einer erneuten Regierungsübernahme mäßigen würde, und ob die Politik dieser Partei, die sich im dargestellten politischen Prozess von der Opposition zur Regierung und wieder zur Opposition immer stärker zu einer (rechts-)populistischen Partei entwickelt hat, mittlerweile das Maß an rechtem Populismus übertrifft, das wir von anderen ost- und westeuropäischen neo-populistischen Parteien kennen, von denen Orbán viele Initiativen, Inhalte und Politikmodi übernommen hat. Die Parole der Partei heißt heute „Hajrá Magyarországnak“ (Vorwärts Ungarn), wie in Italien „Forza Italia“ (Vorwärts Italien); auch der strategische und personenzentrierte Umgang mit den Medien, der Ausbau eines Netzes von Bürgerkreisen, die Aufstellung nationaler Konsultationsgremien und dergleichen sind oft nur Nachahmungen dessen, was im Westen schon passierte; der nationalistische Populismus kopiert Akteure in West und Ost.

<sup>7</sup> Eines wurde ursprünglich vom rechtsextremen „Weltverband der Ungarn“ initiiert und forderte die Vergabe der Staatsbürgerschaft für alle jenseits der Grenzen lebenden Ungarn. Das zweite wurde von der kommunistischen Arbeiterpartei initiiert und forderte die Beendigung der so genannten „Spitalprivatisierung“, der Teilprivatisierung des Gesundheitswesens. Fidesz-Aktivistinnen begannen eine intensive Kampagne und verhalfen den Initiativen durch Unterschriftensammlungen zur Geltung.



Wenngleich der Populismus der Partei in der Opposition demagogischer und radikaler ausfallen mag, lässt sich trotzdem vermuten, dass der Populismus in der Regierungsposition eher auf der symbolischen Ebene verbleibt. Die in der Verfassung verankerten demokratischen Institutionen sowie die von der Europäischen Union einklagbaren demokratischen Normen der innenpolitischen Konfliktaustragung sowie die liberalen Effekte marktwirtschaftlicher Wettbewerbsstrukturen bremsen die schlimmsten Effekte populistischer Politik. Gewiss werden die außenpolitischen Beziehungen und die europäische Integration nicht aufs Spiel gesetzt. Das ist eine der Folgen der europäischen Integration, die schon in der Anpassungsperiode vor dem Beitritt eine konsolidierende Wirkung auf die neuen Demokratien ausübte.

### Literatur

- Agh, Attila* (2001): A jövő még nem kezdődött el. A többségi demokrácia zsákutcája Magyarországon. *Mozgó Világ* 9/2001, 23–36
- Agh, Attila* (2002): A pokoljárástól a purgatóriumig. *Mozgó Világ* 6/2002, 17–33
- Bayer, József* (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3/31, 265–280
- Betz, Hans-Georg* (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*. London
- Debreczeni, József* (2002): Orbán Viktor. Budapest
- Debreczeni, József* (2003): Egekből a földre rántva – Orbán Viktor 2002-ben, in: *Magyarország Politikai Évkönyve 2003*. Szerk. Kurtán Sándor, Sándor László, Vass László. Kiad. a Demokrácia Kutatások Magyarországi Központja Alapítvány. Budapest, I. köt. 299–309
- Debreczeni, József* (2004): Új esélyek, régi veszélyek a jobboldalon, in: *Magyarország politikai évkönyve 2004*. Szerk. Kurtán Sándor, Sándor László, Vass László. Kiad. a Demokrácia Kutatások Magyarországi Központja Alapítvány. Budapest, 155–164
- Dubiel Helmut* (Hg) (1986): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt a. M.
- Held, Joseph* (Hg) (1996): *Populism in Eastern Europe. Racism, Nationalism and Society*. Boulder
- Kaplan, Robert D.* (2000): Was Democracy just a Moment?, in: *O'Meare, Patrick/Mehlinger, Howard D./Krain, Matthew* (Hg): *Globalization and the Challenges of a New Century*. Bloomington and Indianapolis, 196–215
- Kühnl, Reinhard et al.* (Hg) (1998): *Die extreme Rechte in Europa. Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien*. Heilbronn
- Lipset, Seymour Martin* (1981): *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore

*Magyarország politikai évkönyve 2004*. Szerk. Kurtán Sándor, Sándor László, Vass László. Kiad. a Demokrácia Kutatások Magyarországi Központja Alapítvány. Budapest 2004

*Mudde, Cas* (2000a): *Populism in Eastern Europe I-II*. Radio Free Europe – Radio Liberty, in: *East European Perspectives* 5–6/2, <http://www.rferl.org/ee-report>

*Mudde, Cas* (2000b): *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester u. New York

*O'Meare, Patrick/Mehlinger, Howard D./Krain, Matthew* (Hg) (2000): *Globalization and the Challenges of a New Century*. Bloomington u. Indianapolis.

*Tóth, András/ Grajczar, István* (2001): The emergence of extreme right in the post-socialist Hungary and connection to social changes. Report for the research project „SIREN“ (Socio-economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right), funded by the European Commission. Budapest (unveröffentlichtes Manuskript)

*Zakaria, Fareed* (2000): *The Rise of Illiberal Democracy*, in: *O'Meare, Patrick/Mehlinger, Howard D./Krain, Matthew* (Hg): *Globalization and the Challenges of a New Century*. Bloomington u. Indianapolis, 181–195